

Analyse & Debatte



Ein Flüchtlingsschicksal im ungarischen Röske, nahe der serbischen Grenze, symbolisiert die Überforderung der Staatengemeinschaft. Foto: András Hajdu

Die Lösung in 12 Punkten

Europa muss eine intelligente Migrationsstrategie entwickeln.

Die Schweizer Diplomatie könnte viel dazu beitragen. *Ein Essay von Markus Spillmann*

Angst, Polemik und Zynismus auf der einen und Blauäugigkeit und überbordende Hilfsbereitschaft auf der anderen Seite prägen die Flüchtlingskrise. Das hilft längerfristig niemandem. Was Europa braucht, ist eine Migrationsstrategie. Die Schweiz wäre berufen, die Debatte zu lancieren.

● **Erstens** ist es so richtig wie banal, dass Europa niemals alle Flüchtlinge aufnehmen kann. Es braucht daher Quoten, die sich dynamisch nicht nur an Grösse oder Bevölkerungszahl orientieren, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Güte der Infrastruktur, die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes, die Siedlungsstruktur und die Belastung durch soziale, kulturelle oder ethnische Konflikte berücksichtigen.

● **Zweitens** braucht es einen gesamteuropäischen Schlüssel, welches Land welchen Beitrag leisten muss. Das schliesst die Nicht-EU-Mitglieder ein, also explizit auch die Schweiz. Allerdings braucht es kluge Quoten, die sich nicht nur an der Grösse oder der Bevölkerungszahl orientieren dürfen. Es gilt zum Beispiel zu berücksichtigen, dass in kleinräumigen Strukturen Überfremdung rascher als bedrohlich wahrgenommen wird.

● **Drittens** ist die Selektion zwischen humanitär bedingter temporärer Aufnahme, der Asylgewährung und der Arbeitsmigration zu schärfen, auch wenn in vielen Fällen diese technokratische Kategorisierung dem individuellen Drama nicht gerecht wird.

● **Viertens** ist mehr Augenmass und weniger Dogmatik gefordert, gerade bei der Integration. Diese ist nur dann sinnvoll, wenn ein hohes Mass an Interaktion erwünscht, absehbar oder unabdingbar ist. Bei Bürgerkriegsflüchtlingsen wie jenen aus Syrien ist es mutmasslich zielführender, etwa den Unterricht in Anlehnung an das syrische Schulsystem sicherzustellen. Sprachkundiges Unterrichtspersonal liesse sich aus den zig Tausenden von Flüchtlingen rekrutieren.

● **Fünftens** würde eine frühzeitige Selektion zwischen jenen, die auf Nothilfe angewiesen sind, und jenen, die kraft ihrer Ausbildung, ihrer Berufserfahrung und ihres Ehrgeizes in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, den Betreuungsdruck reduzieren. Denn so elendiglich der Anblick der am Strand von Lesbos anlandenden und aus übervollen Zügen in München herauspressenden Flüchtlinge auch ist: Diese Menschen sind nicht einfach bedürftig.

● **Sechstens** ist ein Narr, wer glaubt, diese Menschen hätten ihre Heimat aus freien Stücken und frohgemut verlassen. Sie tun es, weil sie nicht mehr anders können. Europa hat dem syrischen Drama tatenlos zugesehen, weil man sich die Hände nicht schmutzig machen wollte. Wer künftig weniger Flüchtlinge will, muss sehr viel mehr tun, die Ursachen der Flucht zu bekämpfen.

● **Siebtens** ist das Dublin-Abkommen faktisch Makulatur, solange an den Aussengrenzen des Schengen-Raums keine entsprechenden Kapazitäten bestehen, mit so vielen Menschen fertigzuwerden. Es war ein Fehler, das Botschafts asyl abzuschaffen, und es ist fatal, dass es Europa nicht schafft, in enger Zusammenarbeit mit betroffenen Staaten, dem UNO-Flüchtlingshilfswerk und humanitären Organisationen Auffanglager dort zu organisieren, wo die Menschen vor direkter Bedrohung sicher sind und sich gleichzeitig nicht in neue Gefahren begeben. Es braucht solche Zentren an den Küsten Nordafrikas und in den Grenzgebieten zu Syrien. Wo notwendig, sind sie unter UNO-Mandat militärisch zu sichern. Solche Auffangzentren würden auch einen guten Teil des Schleppermarktes zerstören.

● **Achtens** böten solche Erstaufnahme-Zentren die Gewähr, Menschen sachgerecht zu versorgen, ihnen Schutz zu bieten und sie je nach Betroffenheit und Bedrohung auf einzelne Staaten aufzuteilen. Die Triage müsste dabei auch den Wirtschaftsflüchtling einbeziehen, ob das nun nach einem Punktesystem oder in Kontingenten geschieht. Es gibt keinen Grund, in einem solchen

Pool nicht nach Talenten, Qualifikationen und Ehrgeiz zu suchen.

● **Neuntens** braucht es eine gewisse Langfristigkeit der Massnahmen. Das Hüst und Hott bei der Bewältigung der Krise führt zu Misstrauen und zu übertriebenem Aktivismus. Beides leistet der politischen Radikalisierung und der Abstumpfung Vorschub. Szenarien über fünf bis zehn Jahre könnten helfen, die Furcht vor Identitätsverlust zu mindern. Diese müssen den Bedarf an Arbeitskräften, die demografischen Trends und die finanzielle Entwicklung der Sozialwerke berücksichtigen. Dabei ist konsequent der Migrationssaldo zu betrachten, nicht einfach nur die Zuwanderung.

● **Zehntens** ist bei jenen, die permanent aufgenommen werden, Integrationsleistung einzufordern und durchzusetzen. Dazu gehört in erster Linie die sprachliche Eingliederung, vor allem aber auch die Bereitschaft, die Rechte und Pflichten des Aufnahmelandes zu respektieren. Das schliesst die Pflege des kulturell, sozial oder religiös Eigenen nicht aus. Der Vorrang von Verfassung, Gesetz, Sitten und Bräuchen des Aufnahmelandes legt aber fest, in welchem Mass der Einzelne seine Individualität ausleben kann.

● **Elfens** wird es weiter Krieg und Diktaturen geben, wirtschaftlichen Niedergang und ökologische Katastrophen. Migranten werden weiterhin Schlepper bezahlen, Ausweispapiere vernichten und direkt nach Europa gelangen wollen. Eine gesamteuropäische Migrationsstrategie kann aber Überforderung und Tragödien vermindern und Potenziale für den europäischen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft heben.

● **Zwölftens** ist die Schweiz prädestiniert, einen solchen Strategieprozess zu lancieren. Als umsichtige Verhandlungsführerin und als Vordenkerin - weil es zur humanitären Tradition des Landes passt, weil nachweislich das Schweizer Migrationsregime einigermaßen gut funktioniert, weil das Land mit rund 25 Prozent Ausländeranteil grosse Erfahrung bei der Integration hat und weil die Eidgenossenschaft nicht im Verdacht steht, anderen Staaten Weisungen erteilen zu wollen. Weil eine solche Initiative auf der jahrhundertelangen Einsicht fussten würde, dass Zu- wie Abwanderung ein Land und seine Bewohner zwar belasten können, aber nicht zu deren Schaden sein müssen. Kurzum: weil die Schweiz aus eigener Erfahrung weiss, um was es geht.

«Die Schweiz weiss, um was es geht. Aus eigener Erfahrung.»



Markus Spillmann

Der Journalist ist ab Anfang Oktober Partner der Beratungsgemeinschaft Klaus, Metzler, Eckmann. Er war von 2006 bis 2014 Chefredaktor der NZZ.

Gastbeitrag Der Fall Huonder und die Zürcher Katholiken.

Von Franz Germann

Wir brauchen Mitsprache bei der Bischofswahl

Die Entrüstung um die Äusserungen von Bischof Huonder zur Homosexualität gibt dem Wunsch nach einem eigenen Bistum Zürich und nach mehr Mitsprache bei der Bischofswahl neuen Schub. Schon 1999 hat Weihbischof Peter Henrici öffentlich erklärt, bei der Errichtung eines Bistums Zürich sei für die Bischofswahl «sorgsam darauf zu achten, dass das nötige Mitspracherecht gewahrt ist».

Im Bistum Chur, zu dem der Kanton Zürich gehört, wählt das Domkapitel den Bischof aus einer von Rom vorgelegten Dreierliste. Dabei benützt der Vatikan die von jedem Bischof periodisch gemeldeten Namen von möglichen Nachfolgern. Zudem verfügt man dort über die vom apostolischen Nuntius in Bern eingeholten Informationen zu den Kandidaten. Beim Erstellen der Liste ist Rom jedoch frei.

Ausgetrickstes Wahlrecht

Zweimal schon wurde dieses Wahlrecht aber ausgetrickst. Bischof Vonderach brachte es 1988 zustande, dass Rom seinen Kanzler Wolfgang Haas zum Koadjutor mit Nachfolgerecht ernannte. Das Domkapitel hatte das Nachsehen. Nachdem Haas nach Vaduz abgeschoben wurde und auch sein Nachfolger zurückgetreten war, wurde die Wahl vollends zur Farce. Auf dem Dreivorschlag von Rom standen neben Vitus Huonder zwei im Bistum praktisch unbekannte Namen, darunter ein Kandidat ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Dem Domkapitel blieb nichts anderes übrig, als Huonder zu wählen. Darüber, was geschehen wäre, wenn die Domherren die Liste nach Rom an den Absender zurückgeschickt hätten, kann spekuliert werden.

Die Mitspracherechte sind in den Bistümern sehr unterschiedlich ausgestaltet. Am weitesten gehen sie in der Diözese Basel. Die vom Domkapitel erstellte Sechserliste wird vom Rom genehmigt oder allenfalls «bearbeitet». Darauf geht sie an alle Regierungen der zehn Bistumsstände, die «minder genehme» Namen streichen können. Diese Mitsprache von rein weltlichen Instanzen ist durch Konkordate garantiert, das heisst Staatsverträge zwischen dem Heiligen Stuhl und den Bistumskantonen. Dass bei der Wahl des derzeitigen Bischofs Felix Gmür kein einziger Kandidat gestrichen wurde, spricht keineswegs gegen dieses Recht. Allein dass es existiert, veranlasst zur Sorgfalt beim Erstellen der Liste. Namen wie Wolfgang Haas oder Vitus Huonder wären nie auf sie gelangt.

Mitbestimmung wie im Bistum Basel ist sozusagen weltweit einmalig. Ein illustratives Gegenbeispiel ist das Erzbistum Berlin. Nach dem Rücktritt von Kardinal Sterzinsky 2011 warteten die Berliner mehr als ein halbes Jahr, bis der Vatikan mit dem Kölner Weihbischof Woelki vom anderen Rand der Bundesrepublik einen Nachfolger schickte. Woelki konnte so zum Erzbischof und bald auch Kardinal aufsteigen. Lange hielt es jedoch den Rheinländer nicht in der Bundeshauptstadt. Als in Köln der erzbischöfliche Stuhl frei wurde, wechselte er im September 2014 schon nach drei Jahren wieder zurück. Erneut wartete man in Berlin auf die Ernennung eines Nachfolgers durch den Papst, und erst nach einem vollen Jahr, am 19. September 2015, soll mit Heiner Koch, Bischof von Dresden-Meissen, der neue Erzbischof sein Amt antreten.

Nehmen, was kommt?

Als der Verfasser dieses Beitrages einen hohen Geistlichen des Berliner Ordinariats fragte, ob man dort nicht auch mitbestimmen möchte, wer in der Hedwigskathedrale Erzbischof wird, zuckte dieser die Achseln und antwortete fatalistisch: «Man nimmt, was kommt.»

Für die Zürcher Katholiken wäre dies zu wenig.



Franz Germann

Der ehemalige Rektor der Kantonsschule Urdorf war von 2003 bis 2015 Synodalrat der katholischen Kirche im Kanton Zürich.